

Jochen Dahm · Thomas Hartmann
Max Ostermayer (Hg.)

Gleichheit!

wirtschaftlich richtig, politisch notwendig,
sozial gerecht



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0507-2

© 2017 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Lektorat/Korrektorat: Marianne Eppelt, Leipzig · Christian Jerger – ad litteras, Berlin

Umschlaggestaltung: Ralf Schnarrenberger, Hamburg

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2017

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Jochen Dahm · Thomas Hartmann · Max Ostermayer

Vorwort

Gleichheit! Wirtschaftlich richtig, politisch notwendig,
sozial gerecht 9

Über den Wert der Gleichheit

Thomas Meyer

Der Wert der Gleichheit 21

Ralf Stegner

Gleichheit – programmatische Perspektive
der Sozialen Demokratie 32

Julia Friedrichs

Deutschland, eine Klassengesellschaft 40

Landkarte der Ungleichheit

Richard G. Wilkinson · Kate Pickett

Der Feind zwischen uns – die psychologischen
und sozialen Kosten von Ungleichheit 51

Heinrich Tiemann

Wachsende Disparitäten in Deutschland 91

Anita Tiefensee · Markus M. Grabka

Das zukünftige Erbvolumen in Deutschland 100

Michael Hartmann

Soziale Ungleichheit in Deutschland 110

Till van Treeck

Ökonomische Instabilität durch Ungleichheit? 118

Ferdinand Fichtner

Gestiegene Einkommensungleichheit schwächt
Konsumnachfrage in Deutschland 128

Steffen Mau

Sozialpolitik als Verteilungspolitik.
Wie denkt die Bevölkerung über Ungleichheit
und was heißt das für die Politik? 143

Michael Dauberstädt

Gleichheit in globaler und europäischer Perspektive 151

Jürgen Kohl

Einkommens(un)gleichheit und die Rolle
des Wohlfahrtsstaates 162

Spezifische Aspekte von Ungleichheit

Hannah Pfanzelt · Wolfgang Gaiser · Kerstin Ott

Politische Partizipation junger Menschen:
ungleiche Ressourcen, vielfältige Herausforderungen –
Erkenntnisse aus der FES-Jugendstudie 2015 183

Frank Decker

Politische Ungleichheit – Demokratie ohne Wähler_innen? . . . 194

Wolfgang Merkel

Kosmopolitismus versus Kommunitarismus –
ein neuer Konflikt 202

Naika Foroutan

Ungleichheiten in der Einwanderungsgesellschaft 214

Marei John-Ohnesorg · Sonja Steffen
 Ungleich gebildet – Analysen, Lösungen, Perspektiven 224

Christina Schildmann · Jonathan Menge
 Luft nach oben – mehr Geschlechtergleichheit
 in Zeiten der Digitalisierung? 234

Mascha Madörin
 Die große Umverteilungsmaschine – Geschlechterungleichheit,
 Care-Ökonomie und Wirtschaftswachstum 245

Wege zu mehr Gleichheit

René Bormann · Achim Truger
 Gestaltende Finanzpolitik – Handlungsfähigkeit sichern,
 soziale Gerechtigkeit stärken, wirtschaftliche
 Leistungspotenziale fördern 259

Frank Bandau · Malte Lübker · Thomas Rixen
 Ja zu mehr Gleichheit, nein zu Steuern?
 Das wohlfahrtsstaatliche Finanzierungsdilemma
 und Ansätze zu seiner Überwindung 270

Ulrich Schneider
 Der Kampf gegen die Armut ist ein Kampf
 um die Verteilung 281

Severin Schmidt
 Von Zugang und Gerechtigkeit – warum die
 Bürgerversicherung auf der gesundheitspolitischen
 Agenda bleibt 290

Saša Bosančić
 Arbeitsmarkt, Ungleichheit und menschliche Würde
 im aktivierenden Sozialstaat 300

Gleichheit! · wirtschaftlich richtig, politisch notwendig, sozial gerecht

Dierk Hirschel

Ungleichheit, Macht und Gegenmacht 309

Wolfgang Schroeder

Soziale Gerechtigkeit beginnt in den Betrieben 319

Christian Krell

Gleichheit? Warum eigentlich? 330

Anhang

Publikationshinweise Friedrich-Ebert-Stiftung 343

Autor_innenverzeichnis 347

Jochen Dahm · Thomas Hartmann · Max Ostermayer

»Die Zunahme der Ungleichheit [...] ist die stumpfe Feile, die einen leisen Zerfall des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität bewirkt.« (Rosanvallon 2013: S. 9)

Vorwort

Gleichheit! Wirtschaftlich richtig, politisch notwendig, sozial gerecht

Auf den ersten Blick geht es Deutschland gut: Eine Rekordzahl an Beschäftigten, ein ausgeglichener Staatshaushalt, schwaches, aber positives Wirtschaftswachstum – und das alles trotz eines stürmischen internationalen Umfeldes. Aber gleichzeitig muss man feststellen: Deutschland ist eines der Länder, in denen die soziale Ungleichheit mit am stärksten zugenommen hat. Je nach Datengrundlage gehören hierzulande den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung mehr als 50 Prozent des Nettovermögens, während die untere Hälfte nur über ein Prozent verfügt. Es gibt in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland eine besonders ungleiche Verteilung von sehr hohen und sehr niedrigen Löhnen. Ungleichheit bedeutet in den meisten Fällen auch ungleiche Chancen. Die soziale Herkunft bestimmt die Teilhabe- und Aufstiegsmöglichkeiten der Menschen bei uns wie in kaum einem anderen Industrieland. Immer mehr Menschen fühlen sich abgehängt, marginalisiert, andere fürchten sich vor dem sozialen Abstieg, zu viele wenden sich enttäuscht von Demokratie und Parlamentarismus ab.

Lange hielt sich die Mär, dass Ungleichheit für Wachstum unabdingbar sei. Inzwischen sind viele Ökonom_innen aber eher vom Gegenteil überzeugt. Während die internationale Debatte dank prominenter Stimmen, wie der des französischen Starökonom

Thomas Piketty (*Das Kapital im 21. Jahrhundert*) oder des verstorbenen britischen Ungleichheitsforschers Anthony Atkinson (*Ungleichheit. Was wir dagegen tun können*) längst weiter ist, kommt der deutsche Diskurs gerade erst in Schwung. Noch immer finden sich hierzulande Beiträge, die vor den Gefahren der »Gleichmacherei« warnen, wenn es um die Bekämpfung von Einkommensunterschieden und hoher Vermögenskonzentration geht. Das neoklassische Narrativ, dass Ungleichheit über den »Trickle-down-Effekt« Wirtschaftswachstum erzeuge, ist längst widerlegt, scheint aber noch immer durch die Köpfe vieler selbst ernannter Ordnungspolitiker_innen zu geistern.

Dabei sind inzwischen auch mehr als 80 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass die sozialen Unterschiede in Deutschland zu groß sind. Fast genauso viele sehen das auch als Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung. Und eben davor warnt mittlerweile die Mehrheit jüngerer Untersuchungen, insbesondere internationaler Organisationen wie OECD, WEF und IWF, die frei sind von linker Kapitalismuskritik: Eine hohe und zunehmende soziale Ungleichheit wirkt sich demnach negativ auf die Gesundheitsversorgung und die Bildungschancen der ärmeren Menschen aus. In einer globalen, arbeitsteiligen Wissensökonomie wird der Talente-pool Deutschlands dadurch verkleinert. Was die immer reicheren reichen Haushalte sparen, versandet zunehmend in den internationalen Finanzmärkten und fehlt an Investitionen in die Realwirtschaft in Deutschland. Das schwächt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und bremst das Wachstum.

Gleichheit ist seit der Französischen Revolution eines der großen politischen Ideale. Im 19. Jahrhundert begann die Arbeiterbewegung damit, für rechtliche und politische Gleichstellung der Bürger_innen einzutreten. Ihr ging es dabei neben der Emanzipation der Arbeiter_innen immer auch um die gleiche Freiheit für alle. Inzwischen herrscht ein hart erfochtener, aber großer Konsens, dass rechtliche und politische Gleichheit zum Wesensprinzip der Demokratie gehören. In Verteilungsfragen ist Gleichheit zwar die Grundnorm, die selbst keiner Rechtfertigung bedarf, aber die Frage, wie viel materielle Ungleichheit sich etwa durch Bedarf und

Verdienst rechtfertigen lässt, ist seit jeher Gegenstand der politischen Auseinandersetzung.

In der gegenwärtigen Lage ist klar: Mehr Gleichheit im wirtschaftlichen und sozialen Bereich ist die Aufgabe unserer Zeit. Es geht um den Abbau von Unterschieden in den sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen, nicht um die Verschiedenheit bei menschlichen Eigenschaften und Orientierungen: Nicht »Gleichmacherei«, sondern die »Gleichrangigkeit« aller Menschen steht im Zentrum.

Das Hamburger Programm der SPD fasst das in folgende Worte:

»Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.«

Das bedeutet auch: Eine Demokratie muss der im Kapitalismus angelegten zunehmenden Ungleichheit laufend gegensteuern, sonst gefährdet sie sich selbst. Die Superreichen münzen wirtschaftlichen Einfluss in politischen um, die Abgehängten bleiben nicht nur von den Wahlen fern, öffentliches Vertrauen und damit die Basis des Zusammenlebens erodiert. Was aber ist zu tun? Wie kann das Auseinanderdriften der Gesellschaft gestoppt werden? Welches Maß an Gleichheit brauchen wir, damit es gerecht zugeht? Und wie viel Ungleichheit verkräftet unsere Demokratie?

Dieser Band nimmt die Ursachen und Wirkungen verschiedener Arten von Ungleichheit in den Blick und schließt seinen Analysen konkrete Lösungsvorschläge an. Die Publikation versteht sich als Handreichung für die politische Beratungs- und Bildungsarbeit und als Beitrag für eine progressive diskursive Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der Ungleichheit. Passend zu einer Zeit, die das Thema endlich wieder progressiv diskutiert, entsteht

ein spannendes Bild an Analysen, Ideen und Möglichkeiten. Eine Gute Gesellschaft braucht mehr Gleichheit!

Im Folgenden soll kurz auf einige zentrale Aspekte der hier versammelten Aufsätze hingewiesen werden: **Thomas Meyer** erläutert im ersten Beitrag den engen Zusammenhang zwischen Freiheit und Gleichheit: Dieser findet seinen Ausdruck in dem Verständnis von Gerechtigkeit als gleicher Freiheit, der auch den universellen Menschen- und Bürgerrechten zugrunde liegt. Freiheit und Gleichheit sind aus Sicht der Sozialen Demokratie demnach untrennbar miteinander verbunden. **Ralf Stegner** bezieht sich auf dieses Grundwerteverständnis und skizziert den politischen Gestaltungsanspruch der Sozialdemokratie zur Herstellung von mehr Gleichheit und Gerechtigkeit. Gleichheit ist für die Soziale Demokratie demnach kein Selbstzweck, sondern dient der Sicherung des sozialen Friedens und der Teilhabe aller Menschen am Wohlstand. Die Autorin und Journalistin **Julia Friedrichs** befasst sich seit über einem Jahrzehnt in ihren Arbeiten mit beiden Enden der Gesellschaft: denen ganz oben und denen ganz unten. In diesem Band gibt sie einen Einblick in ihre Rechercharbeit und beschreibt darin eine neue Klassengesellschaft, in der sich die Mittelschichten nach unten abschotten, die Oberschichten bedauernd mit den Schultern zucken und sich die Ärmeren aus dem politischen System zu verabschieden beginnen.

Warum mehr Gleichheit für alle Mitglieder der Gesellschaft daher besser ist – unabhängig ob arm oder reich – dazu haben die beiden Autor_innen von *The Spirit Level* **Richard G. Wilkinson** und **Kate Pickett** jahrelang geforscht. In ihren neusten Untersuchungen analysieren sie, inwiefern Ungleichheit die Qualität sozialer Beziehungen beeinflusst. Während egalitärere Gesellschaften ein höheres Niveau zwischenmenschlichen Vertrauens und ein stärkeres Gemeinschaftsleben genießen, weisen sie darauf hin, dass stärkere Ungleichheit die Bedeutung von Statusunterschieden und des sozialen Evaluationsdrucks vergrößert.

Ungleichheit hat neben einer wirtschaftlichen und sozialen auch eine räumliche Dimension. Trotz der guten Konjunktur der ver-

gangenen Jahre profitieren längst nicht alle Regionen vom Wachstum. Die regionale Ungleichheit verfestigt sich oder nimmt sogar noch zu. Einzelne Regionen befinden sich in einem Teufelskreis aus Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Abwanderung. **Heinrich Tiemann** beschreibt die zentralen Ergebnisse des *Sozioökonomischen Disparitätenberichts für Deutschland 2015* und skizziert Lösungswege für eine Verbesserung der regionalen Daseinsvorsorge. Auch das Vermögen in Deutschland ist stärker konzentriert als in vielen anderen Industriestaaten. **Anita Tiefensee** und **Markus M. Grabka** haben mittels einer Simulation das potenzielle Volumen künftiger Erbschaften und Schenkungen in Deutschland abgeschätzt und raten angesichts der Zahlen, die Regelungen für Erbschaft- und Schenkungsteuer zu überdenken. Der renommierte Elitenforscher **Michael Hartmann** gibt in seinem Beitrag einen Gesamtüberblick über die Ungleichheitsentwicklung in Deutschland und zieht dabei auch die vergleichsweise hohe Dichte an Milliardären hierzulande als Indikator heran. Während für die wachsende Ungleichheit meist die Globalisierung und der damit verbundene Anpassungsdruck auf die Lohnentwicklung angeführt werden, macht Hartmann vor allem die politischen Entscheidungen seit Ende der Wiedervereinigung verantwortlich.

Till van Treeck stellt fest, dass sich in den letzten Jahren die Hinweise auf einen negativen Zusammenhang zwischen ökonomischer Ungleichheit und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung auch in der Literatur häufen. Die Diskussionen über die Effekte steigender Einkommensungleichheit auf das Wirtschaftswachstum kommen demnach immer häufiger zu dem Ergebnis: Ungleichheit bremst Wirtschaftswachstum. Soll ein hohes, stabiles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum erzielt werden, dann führt folglich kein Weg an einer Reduzierung der ökonomischen Ungleichheit vorbei. Hätte sich die deutsche Wirtschaft bei geringerer Ungleichheit besser entwickeln können? **Ferdinand Fichtner** und seine Kolleg_innen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) haben sich in einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Simulationsstudie mit genau dieser Frage beschäftigt. Die Autoren stellen auf Basis eines makroökonomischen Struktur-

modells für Deutschland eindeutig fest, dass die zunehmende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in den zurückliegenden Jahren deutlich geschmälert hat.

Das Mantra von der produktiven Kraft der Ungleichheit hielt sich lange auch in der Wahrnehmung der deutschen Mittelschicht. Nach den Ergebnissen einer Bevölkerungsbefragung ist die soziale Ungleichheit aber kein Phänomen, das sich nur in abstrakten Statistiken finden lässt. Es hat den Alltag der Menschen erreicht, beobachtet **Steffen Mau**, denn die Wahrnehmung, dass Deutschland auseinanderdriftet, wird gegenwärtig von allen gesellschaftlichen Schichten geteilt. Die Deutschen wünschen sich eine gleichere Gesellschaft. Auch politische Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit erhalten hohe Zustimmung. Das ist eines der Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung *Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates* im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die meisten Diskussionen konzentrieren sich auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen innerhalb der entwickelten Länder. **Michael Dauderstädt** überschreitet in seinem Beitrag für diesen Sammelband die Ländergrenzen und wirft einen Blick auf die globale und europäische Ungleichheit, indem er auch die Verteilung zwischen den Ländern analysiert. **Jürgen Kohl** geht anschließend in einem internationalen Vergleich der Frage nach, bis zu welchem Ausmaß der Sozialstaat zur Verringerung der Einkommensungleichheit in der Lage ist. Er unterscheidet dabei verschiedene Wohlfahrtsstaatstypen und kommt zu dem Schluss, dass das sozialdemokratische Modell der nordischen Länder anderen eindeutig überlegen ist. Schließlich sei auch die allgemeine Lebenszufriedenheit der Bürger_innen als Ausdruck ihres subjektiven Wohlbefindens am höchsten in Ländern, die sich an diesem Modell orientieren.

Inwiefern soziale Ungleichheit auch eine Gefahr für die Demokratie und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellt, wird in den nachfolgenden Beiträgen vertieft in den Blick genommen: Basierend auf einer Online-Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung haben **Hannah Pfanzelt**, **Wolfgang Gaiser** und **Kerstin Ott** analysiert, ob sich bei der politischen Partizipation junger Menschen fortsetzt, was auch an anderen Stellen die Gesellschaft spaltet.

Während die Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen der Demokratie wächst, werden die Rufe nach anderen und besseren Formen der Partizipation lauter. Mit der Frage, ob diese zu einer breiteren Interessenberücksichtigung führen oder ob sie eher noch die politische und soziale Ungleichheit verschärfen, beschäftigt sich **Frank Decker** in seinem Beitrag. Er zeigt zudem auf, dass die soziale Selektivität der Wahlbeteiligung in Deutschland zunimmt und zugleich die Zahl an Protestwähler_innen rechts- oder linkspopulistischer Parteien steigt.

Dass die Gleichheitsdebatte neben den richtigen Instrumenten auch die passende Erzählung braucht, um sich langfristig durchzusetzen und um der kulturellen Entfremdung entgegenzuwirken, machen die Aufsätze von **Wolfgang Merkel** und **Naika Foroutan** deutlich. **Merkel** beobachtet in seinem Beitrag eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Globalisierungsbefürworter_innen – sogenannten Kosmopolit_innen – und Globalisierungsverlierer_innen – sogenannten Kommunitarist_innen –, die besonders progressiven Volksparteien schadet und zugleich dem Rechtspopulismus nützt. **Foroutan** kritisiert diese These und erläutert, dass weniger der reale soziale Abstieg der Unter- und Mittelschichten als der Aufstieg von Minderheiten und Migrant_innen den Aufstieg der Rechtspopulisten provoziert habe.

Das alte Versprechen der Sozialen Demokratie – vom Aufstieg durch Bildung – wird für immer weniger Menschen tatsächlich eingelöst. **Marei John-Ohnesorg** und **Sonja Steffen** skizzieren Optionen einer fortschrittlichen Bildungspolitik, die auch im digitalen Zeitalter für mehr Chancengleichheit sorgen sollen. **Jonathan Menge** und **Christina Schildmann** stellen fest, dass die Digitalisierung der Arbeitswelt besonders für Frauen neben neuen Chancen auch neue soziale Risiken birgt. Sie beschreiben in ihrem Beitrag die unvollendete Gleichstellung der Geschlechter. **Mascha Madörin** fragt, wie es um die Forderung nach gleichem Einkommen zwischen Männern und Frauen steht, und kommt zu dem Schluss, dass das Ausmaß der Einkommenslücke im Wesentlichen von wachsenden Wirtschaftszweigen wie der Care-Ökonomie abhängt.

Was können geeignete Wege und Maßnahmen sein, die das weitere Auseinanderdriften unserer Gesellschaft verhindern? Eine Auswahl verschiedener Ansätze vertiefen die folgenden Beiträge: Einer nachhaltigen Steuer- und Finanzpolitik kommt eine entscheidende Rolle in der Herstellung von Chancengleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu. **René Bormann** und **Achim Truger** erläutern, wie eine gestaltende Finanzpolitik für hohe Lebensqualität, Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen kann. Die Forschungsergebnisse von **Frank Bandau**, **Malte Lübker** und **Thomas Rixen** zeigen aber zugleich das Dilemma, in dem gerade die Finanzierung des Wohlfahrtsstaats steckt. Während die Bürger_innen sich einen starken und leistungsfähigen Sozialstaat wünschen, sind sie kaum bereit, dafür auch höhere Steuern und Beiträge zu zahlen. Zur Überwindung dieses Dilemmas skizzieren die Autoren Vorschläge für ein Gleichheitsnarrativ, das auch berücksichtigt, dass die Zahlungsbereitschaft der Bürger_innen weniger vom Portemonnaie als von ihrer Werteorientierung abhängt.

Noch nie waren in Deutschland so viele Menschen erwerbstätig wie heute. Gleichzeitig hat die Armutsgrenze einen neuerlichen Höchststand erreicht. **Ulrich Schneider** betrachtet die relative Armut in einem reichen Land wie Deutschland als Skandal und zeigt auf, wie die Kosten für eine glaubwürdige Armutsbekämpfung durch mehr Umverteilung der Einkommen und Vermögen finanziert werden könnten. Auch die Verbindung von Armut und größerer Ungleichheit mit einem schlechten gesundheitlichen Zustand der Bevölkerung ist vielfach nachgewiesen worden. Nach aktuellen Berechnungen des Robert Koch-Instituts haben Männer und Frauen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze eine um elf beziehungsweise acht Jahre geringere Lebenserwartung als die Bezieher_innen hoher Einkommen. **Severin Schmidt** beschreibt das Gesundheitssystem daher als Seismografen für den Zustand des Sozialstaats und erklärt, warum die Einführung einer Bürgerversicherung den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen verbessern und für eine gerechtere Lastenteilung sorgen würde.

Die Markteinkommen sind in Deutschland im europäischen Vergleich besonders ungleich verteilt. Die Erosion von Normal-

arbeitsverhältnissen und die Schwächung der Gewerkschaften haben zu neuen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Prekarität auf dem Arbeitsmarkt betrifft heute nicht nur die »working poor«, wenn sich das Aufstiegsversprechen für weite Teile der Gesellschaft gegenwärtig umgekehrt hat. **Saša Bosančić** diskutiert in seinem Artikel Maßnahmen eines handlungsfähigen Staates, die diesen Ungleichheiten entgegenwirken sollen. Mit der Frage, wie erreicht werden kann, dass der Staat nicht nur als Reparaturbetrieb tätig wird, sondern auf eine gleichmäßigere Verteilung der Primäreinkommen hinwirkt, beschäftigt sich auch der Beitrag von **Dierk Hirschel**. Als bestes Rezept gegen die Ungleichheit empfiehlt er vor allem ein arbeitnehmerfreundliches Regelwerk auf dem Arbeitsmarkt. Der Blick über den nationalen Tellerrand und internationale Studien wie vom IWF geben ihm dabei recht: je schwächer der gewerkschaftliche Organisationsgrad, desto größer die Ungleichheit in einem Land. Dagegen sind nach **Wolfgang Schroeder** die Institutionen und Praktiken der Mitbestimmung sowie Tarifbindungen wirkungsvolle Mittel und zugleich Garanten für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Folglich beginnt eine Politik der sozialen Gerechtigkeit in den Betrieben.

Wenn im empirischen Vergleich die Realisierungschancen von Gleichheit untersucht werden, fällt früher oder später der Blick auf Schweden. Ähnlich wie in anderen nordischen Wohlfahrtsstaaten ist es hier gelungen, ein hohes Maß an gesellschaftlicher Gleichheit und damit individueller Freiheit zu erreichen. **Christian Krell** hat die diskursiven Voraussetzungen für den Umbau der schwedischen Gesellschaft zu noch immer einer der egalitärsten der Welt untersucht. Er wirft aber auch einen kritischen Blick darauf, warum vergangene Errungenschaften dort gegenwärtig bedroht sind.

Im Rahmen des Projektes »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie #2017plus« hat sich die Friedrich-Ebert-Stiftung die Aufgabe gestellt, gemeinsam mit Partner_innen aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft den deutschen Gleichheitsdiskurs mit Studien und Veranstaltungen weiter zu befördern und an den internationalen Diskurs anzuschließen. Die Gute Gesellschaft braucht Debatten, Austausch – manchmal Streit – über

neue Ideen und Instrumente. Doch die Richtung ist klar: Mehr Gleichheit ist **wirtschaftlich richtig**, weil Ungleichheit nachhaltiges Wirtschaftswachstum bremst. Mehr Gleichheit ist auch **politisch notwendig**, wenn sich viele frustriert abwenden oder nach vermeintlich einfachen politischen Alternativen suchen und wenn gleichzeitig die Herrschaft einiger weniger droht. Und mehr Gleichheit ist **sozial gerecht**, da ein zu hohes Maß an Ungleichheit die Teilhabe- und Aufstiegschancen der Menschen und deren individuelle Freiheit beschränkt.

Abschließend möchten wir uns herzlich bei allen Kolleg_innen in der Friedrich-Ebert-Stiftung wie auch bei allen Autor_innen und Partner_innen bedanken, die mit ihrer Expertise und ihrem persönlichen Engagement einen wichtigen Beitrag für den Erfolg des Themenschwerpunkts Ungleichheit im Rahmen des Projekts »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie #2017plus« und für die Veröffentlichung dieses Sammelbandes geleistet haben.

Literatur

Rosanvallon, Pierre 2013: Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg.

Deutschland, eine Klassengesellschaft¹

Wie so viele habe auch ich im letzten Sommer Didier Éribons *Rückkehr nach Reims* gelesen. Der Soziologe erzählt in bewegenden und dichten Worten, wie er, als sein Vater stirbt, den Kontakt zu seiner Familie wieder aufnimmt, zu einer Familie, mit der er, der Bildungsaufsteiger, brach, ja brechen musste, wie Éribon sagt, weil er sich nur so dem Paris der Intellektuellen anpassen konnte, weil er das neue, akademische Milieu nur in sich aufsaugen konnte, indem er seine Herkunft weit hinter sich ließ, ja sogar verschwieg, man könnte sagen: verriet. Herkunft. Aufstieg. Milieu. Welch altertümliche Begriffe!

Dennoch ist es eine Geschichte, die viele Bildungsaufsteiger erzählen. Noch immer. Im Jahr 2017.

Vielleicht sogar gerade im Jahr 2017. Als ich das Buch zur Vorbereitung für diesen Text noch mal durchsah, rieselte der Sand des brandenburgischen Strandes, an dem ich das Buch gelesen hatte, aus den Seiten. Der Sommer war vorbei. Und es war Zeit, die rührende Eltern-Kind-Geschichte, die auch in dem Text steckt, beiseitezuschieben und nüchtern auf das zu blicken, was Éribon mit seiner biografischen Erzählung exemplarisch klarmacht, was aber weit über seine Geschichte hinaus Bedeutung hat: Selbst wenn wir uns als modern, tolerant, individualistisch empfinden, leben wir noch immer in einer Gesellschaft, die mit dem altmodischen Wort »Klassengesellschaft« gut beschrieben ist.

Éribon schreibt: »Von Geburt an tragen wir die Geschichte unserer Familie und unseres Milieus in uns, sind festgelegt durch den Platz, den sie uns zuweisen« (Éribon 2016: S. 46). Und: Das ist

1 Die Autorin verzichtet in diesem Beitrag auf die geschlechtsneutrale Sprache gemäß den Richtlinien der Friedrich-Ebert-Stiftung. Stattdessen soll das generische Maskulinum in diesem Fall alle Geschlechter umfassen.

das fatale Zeugnis für freiheitliche Demokratien, anhand dieser Geburt lässt sich noch immer relativ zuverlässig der Verlauf des weiteren Lebens prognostizieren.

Éribon schreibt über Frankreich. Aber seine Geschichte hätte auch in Deutschland spielen können. Dieses Deutschland stellt sich aktuell sehr widersprüchlich dar: Wirtschaftlich gesund, kraftstrotzend wie wenig andere EU-Länder, ist es dennoch ein Land, das sich mit dem Wort »Klassengesellschaft« nicht beleidigt fühlen dürfte, zeichnet sich Deutschland vor allem seit der Jahrtausendwende durch zweierlei aus:

- eine große Ungleichheit bei den Vermögen, mit Abstrichen auch bei den Markteinkommen;
- eine große Ungleichverteilung der Aufstiegschancen.

Wolfgang Merkel, der Direktor der Abteilung Demokratie am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, hat in einem Text über Ungleichheit als Krankheit der Demokratie bemerkt, dass unsere entwickelten Demokratien in den letzten Jahrzehnten zwar außerordentlich erfolgreich darin waren, kulturelle und rechtliche Ungleichheiten abzubauen – Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, Ungleichheiten zwischen Menschen unterschiedlicher sexueller Vorlieben, ja auch Ungleichheiten zwischen religiösen Minderheiten –, dass sie aber versäumt haben, die ökonomische Ungleichheit mit derselben Inbrunst zu bekämpfen.

Die Metaphern, die die wachsende Ungleichheit in diesem Land bebildern, sind bekannt: Die Schere zwischen Arm und Reich geht weit auseinander. Die Kluft zwischen denen, die viel haben, und denen, die am Rande stehen, reißt weiter auf. Der Graben klafft tief. Und so weiter und so fort.

Die Zahlen zu diesen Wortbildern lauten so: Das oberste Zehntel der Bevölkerung besitzt immer mehr, zuletzt – nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) – 63 Prozent des gesamten Nettovermögens, wobei die Datenlage zum Vermögen der Reichen so miserabel ist, dass auch das relevanteste Wirtschaftsforschungsinstitut nur qualifiziert raten kann. Die untere Hälfte der Haushalte dagegen, das weiß man, hat nicht mehr

als ein Prozent. In keinem Land der Eurozone ist die Vermögensungleichheit größer als in Deutschland. Während die Löhne in den oberen Einkommensgruppen in den vergangenen zehn Jahren satt anstiegen, sind sie am unteren Ende inflationsbereinigt gesunken. Zwar geht die Schere nun nicht mehr, wie oft fälschlicherweise zitiert, weiter auf, aber sie schließt sich auch nicht. Bei der jüngeren Generation sind Ungleichheiten in Vermögen und Einkommen größer als in der Generation ihrer Eltern und Großeltern. Wer einmal arm ist, der hat zunehmend Schwierigkeiten aufzusteigen: 65 Prozent der Haushalte im untersten Einkommenssegment verbleiben dort auf Dauer. Noch bis in die späten 1980er-Jahre war die deutsche Gesellschaft wesentlich durchlässiger. 15 Prozent der deutschen Teenager haben im Lesen, Schreiben und Rechnen extreme Schwierigkeiten, in Finnland zum Beispiel fallen nur acht Prozent der Schüler in diese »Risikogruppe«. Es sind vor allem die armen Kinder, an denen die Schule scheitert. Nur in drei weiteren Ländern der OECD hängt der Erfolg der Schüler mehr vom Elternhaus ab als in Deutschland. Von 100 Akademikerkindern studieren 77, von 100 Nicht-Akademiker-Kindern 23. Vier von fünf Zugehörigen der Wirtschaftselite, so der Eliteforscher Michael Hartmann, stammen aus dem Großbürgertum. Herkunft ist das alles entscheidende Kriterium für den Aufstieg in diesen Kreis.

In meiner Generation wird sich diese Ungleichheit aller Voraussicht nach zementieren, vielleicht auch potenzieren: Denn meine Generation wird von Soziologen als zweite deutsche Erbgeneration bezeichnet, die erste seit gut 100 Jahren. Geschätzte 250 Milliarden Euro werden im Moment Jahr für Jahr vererbt. Und auch dies geschieht höchst ungleich: 50 Prozent der Deutschen erben Schulden oder nichts. 20 Prozent so viel, dass die Erbschaft ihr Leben finanziell mitbestimmt: Sie können mietfrei leben, Rücklagen bilden, in vielen Fällen gar von den Zinserträgen leben.

Diese Zahlen liefern einen eindeutigen Befund. Und dennoch ist das Bild, das die meisten Menschen von ihrem Lande haben, ein ganz anderes: Es ist das Bild eines wohlhabenden Landes, in dem die Reichen die Lasten tragen, die Armen gestützt werden und in dem jeder gleiche Chancen hat.

Dieses Selbstbild der Deutschen ist verzerrt. Ich vermute, es ist deshalb so dominant, weil viele noch ein anderes Land vor Augen haben: Das Deutschland, das es in den 1980er-Jahren gab. Damals kam die Bundesrepublik Deutschland diesem Selbstbild der nivelierten Mittelstandsgesellschaft wesentlich näher.

Zahlen, die Menschen vermessen, und Metaphern, die ihre Situation in eine griffige Formel bringen, sind notwendige Werkzeuge in der politischen Debatte. Ihr Nachteil ist, dass sie oft so abstrakt sind, dass die Leben hinter diesen Begriffen und Zahlen oft verschwinden. Seit 13 Jahren recherchiere ich für Dokumentarfilme, Bücher und Magazinbeiträge an beiden Enden der Gesellschaft: ganz oben und ganz unten. Ich war bei der Elite, bei Erben, bei Ehefrauen in Hamburg-Blankenese und bei denen, die manche höflich das abgehängte Prekariat nennen, manche die Ausgeschlossenen, manche schlicht Unterschicht. Familien mit wenig Geld und wenig Chancen. Dabei habe ich Menschen getroffen, deren Leben oft mehr über die Klassengesellschaft erzählen als Statistiken.

Da ist zum Beispiel die Villa Ritz in Potsdam, eine Fünf-Sterne-Kita. 980 Euro soll die Betreuung pro Monat kosten. Allerdings ist das der Basissatz. Raymond Wagner, der Geschäftsführer der Villa Ritz, führte mich durch das Gebäude, als der Kindergarten noch eine Baustelle war. »Fast 1.000 Euro sind ja schon ziemlich viel«, sagte ich. Man konkurriere eben um die Eltern, die sich auch eine Kinderfrau leisten könnten, antwortete er. Außerdem müsse man den Preis in Relation zum Angebot sehen. Eine Erzieherin müsse sich hier um nur sechs Kinder kümmern. In der normalen Welt sind es je nach Bundesland bis zu 20. Außerdem lernen die Kinder in der Villa Englisch, bekommen mittags ein dreigängiges Vollwertmenü und morgens und abends ein Buffet. Das alles kostet Geld. Dann zeigte mir Wagner den Wellnessbereich der Kita. Noch war dort, wo ein großes Aquarium entstehen sollte, ein Loch in der Wand. Die Sauna war aber schon gut zu erkennen. Ihm wäre es auch lieber, wenn alle Kinder optimal gefördert würden, sagte Wagner am Ende meines Besuches. Aber das sei nicht bezahlbar. Gerecht sei das natürlich nicht. »Aber wo gibt es eine gerechte Welt?«

Da ist das Mehrfamilienhaus in Bochum-Wattenscheid. Dort lernte ich Janina kennen, elf Monate alt. Sie lag festgeschnallt in einem Kindersitz, der für die Rückbank eines Autos konstruiert war, und schrie. Eigentlich konnte sie schon längst im Sitzen essen. Aber einen Kinderstuhl hatten ihre Eltern nicht. Nur dieser Autositz war ihnen gespendet worden. Ihre Eltern bekamen ihr Einkommen vom Amt. Wie jeder in ihrer Familie. Als ich sie an einem Oktobertag besuchte, hatten ihre Eltern noch sieben Euro von ihrem Hartz-Geld übrig. Zu wenig, um bis zur November-Überweisung über die Runden zu kommen. So ging es ihnen oft am Ende des Monats: kein Geld für Windeln, kein Geld für Feuchttücher und bei jedem Klingeln an der Tür die große Sorge, das Jugendamt komme vorbei, um das Kind mitzunehmen und damit den einzigen Antrieb, diesen ganzen dreckigen Alltag auszuhalten.

Da war Ercan, der schlaue Junge aus Berlin-Kreuzberg. 33 Meter 80 war die Straße breit, die die Menschen in seinem Viertel sortierten: auf der einen Seite Ercans Betonsiedlung, 3.000 Einwohner, 80 Prozent Einwanderer, 60 Prozent lebten mit Unterstützung vom Amt. Auf der anderen Seite sanierte Altbauten, Stuck, Dielen, hohe Wände, 30 Prozent Mietsteigerung pro Jahr. Hier wohnten junge Familien mit guten Jobs oder reichen Eltern. Viktor, zum Beispiel, mit seiner Mutter Katharina von Borcke. Sie war alleinerziehend, arbeitete in einer PR-Agentur und fuhr Viktor morgens in eine Privat-Kita nach Mitte.

Auf der anderen Seite eben Ercan, einer der Drillinge der Familie Erim. Seine Mutter war krank, der Vater, ohne Arbeit, sprach auch nach zehn Jahren im Land nur stockend Deutsch. Ganz anders Ercan: Er verstand schnell. Er lernte gut. Nur eine Sache ärgerte ihn: Warum musste er jeden Morgen in diese Schule gehen, in der die Klos ständig verstopft waren und der Schulhof seit Langem wegen Bauarbeiten gesperrt, diese Schule, in der ihm so oft der Kopf wehtat, weil es in der Klasse so laut war, wenn seine Mitschüler fluchten und störten und die Lehrer »Ruhe!« schrien? Die Schule, die eigentlich auch die Kinder aus den Mittelschichtsfamilien besuchen mussten. Kinder wie Viktor also. Aber die kamen dort nie an. Ihre Eltern mieden die Schule und damit auch Kinder wie Ercan.

Da waren diese zwei Abschlussfeiern. Eine in einer Aula einer Hauptschule in Wuppertal. Michelle hatte alles versucht, um aus diesem Tag etwas Besonderes zu machen. Ein schönes Kleid, eine Rose in der Hand. Sie hatte bescheidene Wünsche für ihr Leben nach der Schule: eine Lehre, eigenes Geld, das Recht auf eigene Entscheidungen. Michelle wollte Floristin werden. Fast 40 Bewerbungen hatte sie geschrieben. Es kam eine Absage. »Die anderen haben gar nicht geantwortet«, sagte sie. In den folgenden Monaten hörte Michelle nach und nach auf, sich zu bewerben. Als ich sie das letzte Mal traf, war sie zu Hause ausgezogen, wohnte mit ihrem Freund in der Küche seines Bruders. »Meine Träume haben sich nicht erfüllt«, sagte Michelle.

Die andere Abschlussfeier fand in den Rheingoldhallen in Mainz statt. Bernd kam in Smoking und Fliege. Monatelang, sagte er, hätten sie geplant, gerechnet und verhandelt. Mit den Rheingoldhallen, den größten der Stadt, mit dem Hilton-Hotel, das das Menü liefern sollte, und mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Dort hatten die Studenten eine ganzseitige Anzeige geschaltet, um der Wirtschaftswelt mitzuteilen, dass sie nun ihren Abschluss in der Tasche haben. Bernd und die anderen hatten an der European Business School in der Nähe von Wiesbaden studiert: Eine private Wirtschaftshochschule, an der vor allem der Nachwuchs fürs Banking und die Unternehmensberatungen ausgebildet wird. 10.000 Euro hat Bernds Studium pro Jahr gekostet. Der Starredner des Abends war Klaus Evard, der Gründer der Hochschule. Er lobte seine Studenten, sagte, sie seien von jeher dynamisch, braun gebrannt, flexibel und belastbar. »Dieses Land wartet auf Sie«, sagte er. »Dieses Land braucht Sie. Was immer Sie tun, tun Sie es mit dem Herzen, dann werden Sie es gut tun. Und wenn Sie es gut tun, können Sie gar nicht verhindern, dass Sie Geld verdienen. Und wenn Sie viel Gutes tun, werden Sie viel Geld verdienen.« Ihre Träume waren weit weniger bescheiden als die von Michelle und würden dennoch wahr werden.

Oben, unten, unten, oben – so könnte die Reise noch lange weitergehen – ein Puzzle der Ungleichheit. Ich war in Eliteinternaten, die mehrere Zehntausend Euro pro Jahr kosten, in denen

Schüler lernen, dass ein Netzwerk der Etablierten wahrscheinlich mehr wert ist als gute Noten. Ich schaute mir Bildungsmaßnahmen an, in denen 17-Jährige, die einen echten Job wollten, an Werkbänken geparkt wurden. Ich traf Menschen, die 600 Bewerbungen geschrieben hatten und die sagten, dass sie niemand wolle, weil sie nicht bereit seien, für ein paar Euro in der Stunde zu arbeiten. Und Menschen, die Stunden mit mir sprachen und trotzdem nicht erklären konnten, warum ihre Arbeit so wertvoll sei, dass sie damit mehr als eine Million Euro verdienen. Und ich traf Menschen, die wussten, dass ihre Eltern so viel verdient hatten, dass sie selber von der Kapitalrendite leben konnten. An jedem dieser Orte ließ sich ein Gespür dafür bekommen, was mit sozialer Spaltung wohl gemeint sein mag und welche Konsequenzen diese für das Zusammenleben hat.

Denn während die Mittelschichten alles tun, um sich nach unten abzuschotten, während die Oberschichten bedauernd mit den Schultern zucken, haben sich viele der Ärmeren innerlich aus diesem System verabschiedet. Fragt man sie zum Beispiel, ob ihr Wahlverhalten oder irgendeine Art der politischen Teilhabe Einfluss auf politische Entscheidungen hat (eine Frage, die die Mittelschichten ganz selbstbewusst bejahen), sagen zwei Drittel: Nein. Dementsprechend gehen sie seltener zur Wahl, beteiligen sich weniger an zivilgesellschaftlichen Aktionen. Daher ist es, schreibt der oben zitierte Politikwissenschaftler Merkel, aus Sicht der Parteien nur »rational, die Interessen oder Präferenzen der unteren Schichten weniger zu repräsentieren (und mithin weitgehend zu ignorieren) als jene der (mittleren) Schichten, die letztlich über Sieg oder Niederlage, Macht oder Ohnmacht der politischen Parteien entscheiden«.

Meine Schlussthese lautet daher: Indem (vor allem die linke Politik) diese gewaltige Ungleichheit der Chancen und Vermögen toleriert, ja mit vielen Einzelentscheidungen sogar befördert, hat sie sich weit, weit von der Welt, in der Menschen wie Michelle oder wie Ercan leben, entfernt. Schon ich kann, nachdem ich zwölf Jahre am oberen und unteren Ende der Gesellschaft recherchiert habe, die Klagen über die soziale Kluft kaum mehr ernst nehmen, weil ich denke: Wenn ihr es wirklich so schlimm findet, warum tut

ihr nichts dagegen? Wie sollen erst diejenigen, die diese Verhältnisse nicht nur beobachten, sondern in ihnen leben, Vertrauen aufrechterhalten? Oder wie es Didier Éribon um einiges pathetischer formuliert:

»Von wem dürfen sich die Ausgebeuteten und Schutzlosen heute vertreten und verstanden fühlen? An wen wenden und auf wen stützen sie sich, um politisch und kulturell zu existieren, um Stolz und Selbstachtung zu empfinden, weil sie sich legitim, da von einer Machtinstanz legitimiert fühlen? Oder ganz schlicht: Wer trägt der Tatsache Rechnung, dass sie existieren, dass sie leben, dass sie etwas denken und wollen?« (Éribon 2016: S. 39)

Éribon beschreibt am Beispiel seiner Familie, die immer stolz darauf war, links zu sein, wie der Front National, wie die Rechtspopulisten in dieses Vakuum hineinstoßen. Ein Prozess, den auch wir in Deutschland gerade erleben (wobei natürlich sehr genau zu analysieren ist, ob die Wähler der Rechten frustrierte Menschen sind, die sich nicht mehr repräsentiert sehen, oder schlicht Ausländerfeinde).

Eine Politik, die sich über all die oben skizzierten Prozesse ernsthaft sorgt, müsste sich dem stellen, was am Anfang dieses Textes stand: Wir sind noch immer eine Klassengesellschaft. Es gibt eine Ungleichheit der Vermögen und Chancen, die einer modernen Demokratie nicht würdig ist, und viele Menschen spüren das in ihrem Alltag.

Solange die Politik dies zwar beklagt, aber ihre Bekenntnisse nicht glaubhaft, nicht merkbar umsetzt – mit der Vision einer Aufstiegsgesellschaft, mit einem Umbau des Steuersystems, mit einer Investition in gute Schulen, gute Arbeit, gutes Wohnen, eine zukunftsfähige soziale Absicherung, aber auch mit dem Zurückfahren von Privilegien, mit einer Regulierung all der Bereiche, in denen sich die oberen Schichten aus dem Markt, den sie selber beschwören, herauskaufen –, solange wird sich nichts ändern.